



»Das war der Sieg
des Friedens
über den Krieg«

Über den Weg als Panzersoldat der Roten Armee bis zur Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz. Ein Gespräch mit David Dushman

Beilage »Überfall auf die Sowjetunion«

Warnstreiks

Trotz großer Hitze und mieser Bosse: **2** Verdi mobilisiert die Beschäftigten im Handel in Bayern

Türsteherjob

Kramp-Karrenbauer handelt mit türkischem Amtskollegen dauerhafte Militärpräsenz in Kabul aus **3**

100 Jahre KPCh

»Sieg über Corona verdanken wir der Partei«. Gespräch mit Wu Ken, Botschafter Chinas in der BRD **12**

Klassenjustiz

Im Juni 1921 hielt Max Hoelz seine Anklagerede gegen die bürgerliche Gesellschaft **15**

Hände hoch!

Kampagne fordert sechsjährigen Mietestopp bundesweit. Aktivisten wollen gleichfalls vollfinanzierten kommunalen Wohnungsbau.

Von Oliver Rast

Die Situation ist prekär, die Mobilisierung breit: 130 Initiativen und Organisationen tragen die »Mietenstoppkampagne«. Mit dabei sind unter anderem der Deutsche Mieterbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund. Erster Höhepunkt ist am Sonnabend – ein bundesweiter Aktionstag unter dem Motto: »Es ist 5 vor 12. Hände hoch für den Mietestopp!« In über 80 Städten und Gemeinden werden Aktivisten unterwegs sein. »Kleine Fotoaktionen, lange Menschenketten, Fahrradkorsos und Demonstrationen organisieren«, sagte Kampagnensprecherin Monika Schmid-Balzert am Freitag im jW-Gespräch. Alle vereint ein Ziel: Die Mieten sollen eingefroren werden, im ganzen Land für sechs Jahre. Mieter brauchen eine Atempause, dringend, wie Schmid-Balzert betonte.

Zu Recht. Etwa die Hälfte der bundesdeutschen Haushalte ist finanziell überlastet, zeigte eine jüngst veröffentlichte Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Konkret: Sie müssen über 30 Prozent ihres Einkommens für Mietkosten aufbringen, Tendenz steigend. Für Beschäftigte mit geringen und mittleren Gehältern auf



Dauer untragbar. Ein Zusatzproblem: Werden Wohnungen neu vermietet, schießen deren Preise nach oben. Jeder Wohnungswechsel ist teuer, die Lohnentwicklung kann damit kaum Schritt halten. Schlimmer noch, der »Mietenwahnsinn« ist Schmid-Balzert zufolge längst nicht auf städtische Ballungsräume begrenzt, »er hat mittlerweile auch ländliche Regionen erreicht.«

Sinnvoll sei ein Mietemoratorium gewiss, befand Joachim Oellerich, Chefredakteur vom *Mieter-Echo*, der Zeitschrift der Berliner Mietergemeinschaft, am Freitag gegenüber jW. »Dadurch wird aber noch keine soziale Wohnungsversorgung garantiert.« Kurzum, so Oellerich, es braucht einen vollfinanzierten kommunalen Wohnungsbau. Bestand also, der komplett in der Hand der Kommune bleibt, keine Renditen abwirft.

Eine berechtigte Forderung, denn der geforderte soziale Wohnungsbau ist gescheitert. Der Beleg: Die Zahl von Sozialwohnungen verringert sich seit Jahren dramatisch. Von über zwei Millionen Wohnungen im Jahr 2006 auf derzeit nur noch etwa 1,1 Millionen. Zudem fallen jährlich Zehntausende dieser Wohnräume aus der Sozialbindung.

Die Kontroverse um Wohnungs- und Mietpolitik dürfte die hiesige Parlamentswahl im September beeinflussen. Das wissen auch die Kampagnenmacher. Caren Lay, Vizevorsitzende und mietenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Die Linke, erwartet gar einen »Mietenwahlkampf«, wie sie am Freitag zu jW sagte. Selbst einzelne Abgeordnete aus der Regierungskoalition wollen dabei nicht abseits stehen. Bernhard Daldrup etwa. »Wohnen ist ein Grundrecht und darf kein Luxus

sein«, sagte der Obmann für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen der SPD-Bundestagsfraktion gleichentags gegenüber dieser Zeitung. Das sei die soziale Frage unserer Zeit. Nur: Auf einen sechsjährigen generellen Mietestopp will er sich nicht einlassen, fünf Jahre und nur in »angespannten Wohnungsmärkten« sollen es sein. Das wird nicht reichen, betonte hingegen Lay. »Ferner brauchen wir einen bundesweiten Mietendeckel mit Mietobergrenzen und Möglichkeiten der Mietsenkung.«

Der Aktionstag sei eine Etappe, kein Kampagnenende, versicherte Schmid-Balzert. »Wir werden mehr und größer, täglich.« Das ist auch erforderlich, um den Druck auf der Straße und im Parlament zu steigern. Und exakt darum geht es: energisch einen Mietestopp durchzusetzen. Schmid-Balzert: »Jetzt und sofort, bundesweit!«

Aktionstag: Am Sonnabend werden Zehntausende im ganzen Land gegen »Mietenwahnsinn« erwartet (Berlin, 23.5.21)

POSITION BEZIEHEN

WER IST HIER VERFASSUNGSFEIND?

Als langjähriger Leser schätze ich die Wahrhaftigkeit der *jungen Welt* und fühle mich stets gut und aktuell informiert. Auch deshalb möchte ich als jW-Genosse zur Stärkung sowie Verbreitung der Zeitung beitragen.

Raimon Brete



www.jungewelt.de/pressefreiheit
leserbriefe@jungewelt.de

Erneute Angriffe Israels auf Gaza

Gaza. Zum zweiten Mal in dieser Woche hat Israel Luftangriffe auf den Gazastreifen geflogen. Die Armee teilte mit, Kampfjets hätten als Vergeltung für Attacken mit Brandballons aus dem Küstengebiet in der Nacht zu Freitag eine Militärbasis und eine Raketenabschussstellung der Hamas beschossen. Die Hamas reagierte nach eigenen Angaben auf die Luftangriffe mit Feuer aus Maschinengewehren. Bereits in der Nacht zu Mittwoch hatte die israelische Luftwaffe den Gazastreifen angegriffen. (AFP/jW)

Innenminister wollen Antisemitismus erfassen

Rust. Ungeklärte antisemitische Straftaten sollen künftig nicht mehr automatisch dem rechten Spektrum zugeordnet werden. Die Innenminister von Bund und Ländern einigten sich auf ihrer Frühjahrsklausur im badischen Rust, solche Taten künftig einheitlich in der Kriminalitätsstatistik in einer eigenen Kategorie zu erfassen. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sagte zum Abschluss der Konferenz am Freitag, man wolle eine präzisere Statistik. Mittlerweile gebe es etwa erkennbar auch einen »importierten Antisemitismus«, der auf den Straßen deutlich werde, sagte Seehofer. (dpa/jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

Liebe Leserinnen und Leser!

Die jW-Belegschaft befindet sich an diesem Wochenende zur Klausur im Brandenburgischen. Die nächste Ausgabe der *jungen Welt* erscheint am Dienstag, 22.6.2021

jW wird herausgegeben von 2.552 Genossinnen und Genossen (Stand 16.6.2021)

www.jungewelt.de/lpg



4 198625 902307

60024

Immer mehr Menschen auf der Flucht

Zahl der aus ihrer Heimat Vertriebenen weiter gestiegen – viele davon im eigenen Land

Die Zahl der Flüchtlinge weltweit ist im vergangenen Jahr auf ein Rekordhoch von 82,4 Millionen Menschen gestiegen. Dies seien doppelt so viele wie vor zehn Jahren, heißt es in dem am Freitag vorgestellten Jahresbericht des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Insbesondere die Zahl der Binnenvertriebenen nahm zu.

Während »der Pandemie ist alles stehengeblieben, einschließlich der Wirtschaft«, sagte UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi der Nachrichtenagentur AFP. »Aber Kriege

und Konflikte und Gewalt und Diskriminierung und Verfolgung – all die Faktoren, die diese Menschen in die Flucht getrieben haben – sind bestehengeblieben.«

Bereits 2019 war die Zahl der Menschen, die vor Gewalt und Verfolgung flohen, auf einen Höchststand gestiegen. Im Jahr 2020 kamen dem Bericht zufolge noch einmal weitere drei Millionen dazu. Die Zahl der aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen ist damit im neunten Jahr in Folge gestiegen. Laut dem UNHCR-Bericht befanden sich zum Ende des vergan-

genen Jahres weltweit etwa 26,4 Millionen Menschen außerhalb ihres Heimatlandes auf der Flucht. Hinzu kamen 4,1 Millionen Asylsuchende, über deren Status noch nicht entschieden worden ist. Während diese Zahlen im Vergleich zum Vorjahr relativ unverändert blieben, stieg die Zahl der sogenannten Binnenvertriebenen, also der Menschen, die innerhalb ihres eigenen Landes auf der Flucht sind, an. Sie wuchs um mehr als zwei Millionen auf 48 Millionen.

»In einer Situation, in der Konflikte und Gewalt zugenommen haben

und in der der Grenzübergang durch Corona erschwert wurde, ist die Zahl der Binnenvertriebenen zwangsläufig gestiegen«, sagte Grandi. Mindestens 164 Länder hatten im vergangenen Jahr wegen der Pandemie ihre Grenzen geschlossen, mehr als die Hälfte davon ließ auch keine Asylsuchenden und Geflüchteten ins Land.

Mehr als zwei Drittel der weltweiten Flüchtlinge stammten aus nur fünf Ländern, darunter Syrien und Afghanistan. 42 Prozent der Vertriebenen waren dem Bericht zufolge jünger als 18 Jahre. (AFP/jW)